

# Gemeinsame Klage gegen Laugen-Vertrag

SPD und Grüne gegen den K+S-Vertrag

VON JUSTUS RANDT

**HANNOVER-KASSEL.** Alles im Pruss, nichts geht – wenigstens nicht so: Mit der Unterzeichnung des Entsorgungsvertrages für Salzaugen des Kasseler Kaliproduzenten K+S haben Hessen und Thüringen gemeinsam „rechtswidrig“ gehandelt. Stefan Wenzel, Sprecher der Grünen im niedersächsischen Landtag, kündigte eine fraktionsübergreifende parlamentarische Initiative gegen den „30-Jahres-Vertrag zur Weser-Versalzung“ an.

wurde – und seinesseits Klage erwägt. Die Vereinbarung sieht zwar vor, die jährlich eingeleitete Salzwassermenge von 14 Millionen Kubikmetern bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Weil aber künftig Salzwasser mehr in den Untergrund gepresst werden darf, wird nicht mit einer Entlastung für Werra und Weser gerechnet.

Sander hatte sich darüber erzählt, dass das siebenseitige Abkommen auch eine neue

Was als Überbleibsel der Kaliproduktion nicht auf Halden landet (wie hier im Kreis Herford-Rötenburg), wird in die Rüsse geleitet. Foto: Udo W. Winkler

Mit der Einführung wo Fulda und Werra sich küssen, würde der Weser gleich am Statt eine ordentliche PortionsSalz verabreicht: Der Grenzwert liegt bei 2,5 Gramm Salz je Liter. Dem Runden Tisch gelang es nach der Vertragsunterzeichnung gerade noch, die langfristige Festschreibung dieses Grenzwertes zu verhindern – was dem Papier in einer Protokollnotiz angefügt wurde: Dort, gewissermaßen als Fußnote, steht auch, was das Gremium aus Länder-, Kommunal-, Wirtschafts- und Umweltschutz vertraten wohl für selbstverständliche hielten: Dass Strategien und Konzepte erst nach gemeinsamer Diskussion am und mit dem Runden Tisch geplant werden, Geplant ist bereits der Bau einer 63 Kilometer langen Längen-Pipeline vom K+S-Werk bei Fulda zur Werra. Eine weitere Pipeline, rund 400 Kilometer lang, könnte bis an die Nordseeküste führen – „wenn K+S wollte“, sagt Walter Hölscher, Geschäftsführer der Werra-Weser-Anrainer-Konferenz. Unterdessen wirft Holze K+S vor, „nicht auf dem Stand heutiger Technik“ zu arbeiten und mehr Kaldünger als nötig über die Flüsse zu entsorgen. Diesen Vorwurf hat Niedersachsens Minister Sandecker mehr als einmal erhoben. Die Nordsee-Pipeline lehnt er ab. Der Parole „Entsorgen statt Vermeiden“ zu folgen, sei obendrein „ein Rückfall in die 80er Jahre“. In denen landete mehr, wenn nicht alles im Fluss, was weg musste.



tarische Initiative gegen den „30-Jahres-Vertrag zur Weser-Verzweigung“ an.

protestiert - auch weil Niedersachsen nicht daran beteiligt wurde - und seinerseits Klage erwägt. Die Vereinbarung sieht zwar vor, die jährlich eingeleitete Salzwassermenge von 14 Millionen Kubikmetern bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Weil aber künftig kein Salzwasser mehr in den Untergrund gepresst werden darf, wird nicht mit einer Entlastung für Werra und Weser gerechnet.

Mit der Einleitung wo Fulda und Werra sich küssen, wurde der Weser gleich am Start eine ordentliche Portion Salz verabreicht: Der Grenzwert liegt bei 2,5 Gramm Salz je Liter. Dem Runden Tisch gelang es nach

Werra-Weser-Anrainer-Konferenz. Unterdessen wirft Holzendorf K+S vor, „nicht auf dem Strand“ heutiger Technik“ zu arbeiten und mehr Kaliflötung als nötig über die Flüsse zu entsorgen. Diesen Vorwurf hat Niedersachsen-Bau- und -verwaltung-Minister Sander mehr als einmal erhoben. Die Nordsee-Pipeline lehnt er ab. Der Parole „Entsorgen statt weitem Vermeiden“ zu folgen, sei die obendrein „ein Rückfall in die 80er Jahre“. In denen handete es sich mehr, wenn nicht alles im Fluss, was weg musste.